Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gauck
2. Christoph Butterwegge – Auf dem Weg in eine andere Republik
3. Weitere harte Indizien zum deutschen Konsumboom
4. Paul Krugman – Pain Without Gain
5. Griechenland
6. Schuldenabbau um jeden Preis: Europa läuft in die Spar-Falle
7. Mensch oder Markt: Wer erklärt uns die Welt?
8. Weltgrößter Derivatemakler soll bei Zins-Tricks mitgemacht haben
9. Kritik an Autohersteller BMW – Streit um die Leiharbeit
10. EU-Nachbarn sichern Arbeitslose besser
11. Kristina Schröders Kuschelworkshop für militante Neonazis

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gauck**
   a. **Gaucks Gegner sammeln sich im Netz**
   Die Web-Gemeinde wendet sich gegen ihren einstigen Liebling. Nun, da Joachim Gauck Bundespräsident werden soll, erregen sich Internetnutzer über dessen Bemerkungen zur Vorratsdatenspeicherung, zur Occupy-Bewegung – und zu Thilo Sarrazin. Ein Partyfoto sorgt außerdem für Häme.
   Quelle: SPIEGEL Online

   Anmerkung JB: *Anscheinend glaubt SPIEGEL Online tatsächlich, es hätte 2010 einen „Gauck-Hype" im Internet gegeben. Dieser vermeintliche Hype war jedoch nie echt, sondern das Produkt parteinaher PR-Initiativen. Der Großteil der Blogs ist heute genau so kritisch gegenüber Gauck, wie er es 2010 war. Das passt freilich nicht ins Bild des „Kandidaten der Herzen", das selbst ein PR-Produkt von Springer, SPIEGEL und Co. ist.*

   b. **»Politisches Gedächtnis ist sehr kurzlebig«**

Antikommunismus gemeinsamer Nenner: Vier Bundestagsparteien votierten für Präsidentschaftskandidaten der Eliten. Ein Gespräch mit Daniela Dahn
Quelle: Junge Welt

c. **Kommentar zu Gauck**

Anmerkung JB: *Erwartungsgemäß war die Nominierung Joachim Gaucks auch das beherrschende Thema bei unseren Hinweisgebern. Stellvertretend für viele Kommentare, die uns eingeschickt wurden, wollen wir hier ein paar Artikel verlinken, die wir für besonders treffend halten.*

- **Ein Stinkstiefel namens Gauck**
  Jetzt also der. Jetzt bekommen die deutschen Medien den, den sie vor anderthalb Jahren in seltener Einmütigkeit unbedingt haben wollten […]
  Als Pfarrer mit Reiseprivilegien begann Gauck ziemlich genau zu dem Moment lautstark gegen die DDR zu protestieren, als dies nichts mehr kostete, um sich hernach mit umso größerem denunziatorischen Eifer an die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu machen […]
  Freilich hat sich Gauck nicht erst nach seiner gescheiterten ersten Kandidatur ideologisch zwischen Martin Walser, Erika Steinbach und Stefan Effenberg verortet. Ein reaktionärer Stinkstiefel war er schon vorher.
  So mag der künftige Bundespräsident keine Stadtviertel mit "allzu vielen Zugewanderten und allzu wenigen Altdeutschen", will das "normale Gefühl" des Stolzes aufs deutsche Vaterland "nicht den Bekloppten" überlassen, missbilligt es, "wenn das Geschehen des deutschen Judenmordes in eine Einzigartigkeit überhöht wird", besteht darauf, dass der Kommunismus "mit ausdrücklichem Bezug auf die DDR als ebenso totalitär eingestuft werden muss wie der Nationalsozialismus", trägt es den SED-Kommunisten nach, das "Unrecht" der Vertreibung "zementiert" zu haben, indem "sie die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten", und fragt – nicht ohne die Antwort zu kennen –, "ob Solidarität und Fürsorglichkeit nicht auch dazu beitragen, uns erschlaffen zu lassen".
  Quelle: taz

- **Die linke und die rechte Hand des Teufels**
  Nach oben gehorchen, nach links treten: Ein Bundespräsident Gauck wäre so deutsch, dass es schon jetzt zum Fürchten ist. […]
  Es war der große Verdienst, halt: das große Verdienst des uncharmanten

Hannoveraner Abgreifers, das Vaterland vor dem antikommunistischen Schleimer Gauck bewahrt zu haben, und der Herrgott möge es sich verkneifen, uns einen seiner verdorbensten Adoranten im zweiten Anlauf vor die staatsbürgerliche Nase zu setzen, nicht nur den in jüngerer Vergangenheit fraglos gewachsenen Unterhaltungswert des Amtes „nachhaltig“ (Chr. Wulff) zu beschädigen, sondern auch die frohe Botschaft freiheitlich-christlicher, gegen jede Form von altböser Gleichmacherei gerichteter Marktwirtschaft ex cathedra unters geneigte Volk zu blasen.
Quelle: The European

- **Der falsche Kandidat**
  […] Ob in Sachen Hartz IV, Afghanistankrieg oder Finanzkrise, ob im Streit über Atomkraft oder Stuttgart 21 – Gauck stand stets eher auf der Seite jener Politiker, die ihre “Wahrheiten” gegen andersdenkende Mehrheiten durchzusetzen suchten. Mit ihm zieht ein Mann ins Schloss Bellevue, dessen oberflächlicher Freiheitsbegriff dem der FDP weit nähersteht als dem Denken der beiden Parteien, die ihn schon 2010 auf den Schild gehoben haben.
  Quelle: taz

- **Die falsche Kandidatur**
  Joachim Gauck ist der falsche Kandidat. Nicht weil er Joachim Gauck ist. Sondern weil die Art, wie diese Kandidatur zustande kam, allem Hohn spricht, was vor der Kandidatur über die Kandidatur gesagt wurde. Und mit vielen seiner gesellschaftlichen Positionen ist Herr Gauck rechts der CDU anzusiedeln und damit der Präsident der fünf Millionen CDU-Wähler, die seit 1990 gestorben sind.
  Quelle: The European

- **Ein Neuer für die Anstalt**
  Er sei »überwältigt und auch ein wenig verwirrt«, erklärte der Theologe und frühere Chef der Behörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Joachim Gauck, am Sonntag abend nach seiner Nominierung durch fünf der sechs im Bundestag vertretenen Parteien im Berliner Kanzleramt. Die Linke wurde nicht einbezogen. Die führenden Politiker von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen hatten sich auf ihn als gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten geeinigt und präsentierten ihn auf einer Pressekonferenz. Ähnlich einig waren sich

dieselben Parteien bislang nur bei Auslösung der Angriffskriege gegen Jugoslawien 1999 und gegen Afghanistan 2001 sowie bei den Hartz-Gesetzen in den Jahren 2002 und 2003. Gauck, der alle Kriegs- und Armutsverstärkungsbeschlüsse stets wärmstens befürwortete, hatte insofern keinen Grund für Durcheinandersein.
Quelle: Junge Welt

2. **Christoph Butterwegge – Auf dem Weg in eine andere Republik**
   Vor genau zehn Jahren setzte Rot-Grün die Hartz-Kommission ein. Ihr Gesetzespaket war der gravierendste Eingriff in das deutsche Sozialsystem der Nachkriegszeit
   Die Hartz-Reform trägt Züge einer sozialpolitischen Zeitenwende, wie es sie zuletzt am Ende der Weimarer Republik gab. Bedingt durch katastrophale Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die öffentlichen Haushalte durfte die mit dem Arbeitslosengeld II vergleichbare „Krisenfürsorge“ seit 1932 das Niveau der allgemeinen Fürsorgeleistungen nicht mehr übersteigen. Was damals als „Aussteuerung“ der Arbeitslosen bezeichnet wurde – die schrittweise Herabstufung von ökonomisch nur noch schwer Verwertbaren durch staatlichen Leistungsentzug – wiederholte sich auf eine ähnliche wiewohl weniger drastische Art durch Hartz IV. Die damit verbundenen Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht haben das gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik vergiftet und werden es auch in den nächsten Jahrzehnten belasten.
   Quelle: Der Freitag
3. **Weitere harte Indizien zum deutschen Konsumboom**
   Abseits der angeblich positiven Konsumstimmung in Deutschland verdeutlichen weitere sattelfeste Daten, wie schwach es um den deutschen Konsum wirklich aussieht. Im heute veröffentlichten Bundesbankbericht für Februar 2012 wird die Summe der eingenommen Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) des Staates für Dezember 2011 mit 11,891 Mrd. Euro angegeben. Ein marginaler Anstieg von nominalen +0,67% zum Vorjahresmonat und real nach Abzug des Anstieges der Verbraucherpreise sogar ein Rückgang von -1,39% zum Vorjahresmonat.
   Quelle: Querschuesse
4. **Paul Krugman – Pain Without Gain**
   Last week the European Commission confirmed what everyone suspected: the economies it surveys are shrinking, not growing. It’s not an official recession yet, but the only real question is how deep the downturn will be. […]
   Specifically, in early 2010 austerity economics — the insistence that governments should slash spending even in the face of high unemployment — became all the rage in European capitals. The doctrine asserted that the direct negative effects of spending

cuts on employment would be offset by changes in “confidence,” that savage spending cuts would lead to a surge in consumer and business spending, while nations failing to make such cuts would see capital flight and soaring interest rates. If this sounds to you like something Herbert Hoover might have said, you’re right: It does and he did.
Now the results are in — and they’re exactly what three generations’ worth of economic analysis and all the lessons of history should have told you would happen. The confidence fairy has failed to show up: none of the countries slashing spending have seen the predicted private-sector surge. Instead, the depressing effects of fiscal austerity have been reinforced by falling private spending.
Quelle: New York Times

5. **Griechenland**
   a. **Im freien Fall**
      Die Griechen sparen nicht genug. Sagt Europa. Die Griechen tun nichts als demonstrieren. Sagt Europa. Aber wissen wir wirklich, welche dramatischen Auswirkungen die Krise auf die Bevölkerung hat? Reise in ein Katastrophengebiet, in dem Hunderttausende ihre Arbeit verlieren, Eltern ihre Kinder nicht mehr ernähren können und die gesamte Mittelschicht vor dem Untergang steht.
      Quelle: Süddeutsche Zeitung
   b. **Zeugnis der Depression**
      Immer wieder kommt an die Griechen der Vorwurf das sie nicht genügend sparen. Dies ist eine unzulässige Verkürzung der Sachlage, richtig ist es gelingt nicht das Staatshaushaltdefizit signifikant zu senken. Dies ist aber auch kaum möglich, denn durch die von der Troika (IWF, EU und EZB) diktierten Sparmaßnahmen schrumpft das BIP (real -6,8% 2011) und damit sinken auch die Steuereinnahmen, während die Ausgabenseite weiter belastet wird. Schon die erste Griechenhilfe war keine Hilfe, sondern ausschließlich ein Bailout der Gläubiger. Auch mit dem avisierten zweiten Rettungspaket würden ausschließlich Altschulden refinanziert und die neuen aufgelaufenen Defizite, aber nicht die unter der wirtschaftlichen Depression leidenden Griechen gerettet. Seit Mai 2010, mit der an Sparmaßnahmen gekoppelten ersten Griechenhilfe in Höhe von 110 Mrd. Euro, explodierte die Arbeitslosigkeit von 12,0% auf 20,9% zuletzt im November 2011. Die Jugendarbeitslosigkeit zog von 32,5% auf 48% an. In Folge der steigenden Arbeitslosigkeit und der Lohnkürzungen sank zuletzt in Q3 2011 die Summe aller realen Arbeitnehmerentgelte um -22,9% zu Q3 2009! Die Industrieproduktion schrumpfte um -32,01% zum Hoch, die Inlandsaufträge der Industrie um -55,71%. Die schwache, unterentwickelte, aber auch binnenorientierte griechische Industrie wird nicht dadurch exportfähiger, dass

man den Binnenmarkt zerstört. Die Kontraktion der Masseneinkommen, Folge der Maßnahmen der Troika koppeln direkt auf den Konsum zurück, die realen Einzelhandelsumsätze brachen um -30,9% zum Hoch im März 2008 ein. Dies hat 60’000 griechischen Einzelhändlern bereits die Existenz gekostet. Auch im November 2011 sanken die realen Einzelhandelsumsätze weiter, um -8,9% zum Vorjahresmonat. Von wegen es wird nicht gespart, der normale Grieche muss auf Grund seines schrumpfenden Einkommens sparen bis es quietscht.
Quelle: Querschuesse

Anmerkung JB: *Eine sehr lesenswerte Zusammenfassung katastrophalen Folgen der Austeritätspolitik.*

dazu passt: Wer spart, wird arm
Merkels Rezession: In den zu massiven Haushaltskürzungen genötigten »Problemstaaten« der Euro-Zone schrumpft die Wirtschaft – mit ernsten Konsequenzen
Quelle: Junge Welt

c. **Die alternative Lösung der Eurokrise**
   - keine kontraproduktive Sparpolitik
   - kein Euroausstritt
   - keine Staatsinsolvenz
   - kein undifferenzierter Schuldenschnitt

Aber:

   - ein neuer Investitionsplan (für grünes Wachstum)
   - eine neue makroökonomische Koordinierung der europäischen Wirtschaftpolitik und Eurobonds

Die Zukunft des Euros und Europa steht auf Messers Schneide. Eine über zwei Jahre währende Austeritätspolitik konnte und kann die Krise nicht lösen. Im Gegenteil. Sie hat die Krise in den betroffenen Ländern noch verschärft. Ein

weiter so bei der Sparpolitik wird Europa in die Depression sparen und das soziale Gefüge der Defizitländer endgültig zerrütten. Mit allen katastrophalen Wirkungen für die Funktionsfähigkeit der Demokratien.
Quelle: Future Finance Blog

6. **Schuldenabbau um jeden Preis: Europa läuft in die Spar-Falle**
Wenn alle sparen und Schulden zurückzahlen – die Unternehmen, die Haushalte und die Staaten-, muss die Wirtschaftsleistung zurückgehen. Der Ökonom Richard Koo warnt Europa vor einem verlorenen Jahrzehnt, wie es Japan in den 1990er-Jahren erlebte. Es gibt nur ein Mittel, die Wirtschaft vor dem Abrutschen in eine "deflationäre Spirale" zu bewahren: Der Staat muss bereit sein, die ungenutzten Ersparnisse abzuschöpfen und zu investieren. Das heißt, er muss mehr statt weniger Geld am Kapitalmarkt aufnehmen. Auf diese Weise fanden die USA letztlich aus der Weltwirtschaftskrise heraus und Japan konnte das "verlorene Jahrzehnt" hinter sich lassen, so Koo. Heute sind die USA, Großbritannien, Irland, Spanien sowie der Euroraum als Ganzes in einer Bilanzrezession, schreibt der Ökonom.
Gerade die am stärksten betroffenen Euroländer hätten besonders große Schwierigkeiten, der Rezession mit Staatsausgaben gegenzusteuern, stellt der Wissenschaftler fest. Denn seit Beginn der Eurokrise leihen die Kapitalmarktteilnehmer ihnen nur noch gegen hohe Risikoprämien Geld. Nach Koos Analyse offenbart sich hier ein Konstruktionsfehler des gemeinsamen Währungsraums: Spanische oder irische Fondsmanager können mit den Ersparnissen ihrer Kunden ohne Wechselkursrisiko am Kapitalmarktdeutsche Staatsanleihen kaufen – was sie derzeit tun. In der Folge sinken die Renditen der Bundesanleihen. Weiter geschieht nichts. Weder bekommen die spanische oder die irische Regierung Mittel in die Hände, um die Konjunktur zu stützen, noch nimmt Deutschland zusätzliche Kredite auf, um die Wirtschaft im Euroraum insgesamt zu beleben. Koo schlägt vor, in Zukunft nur noch Inländern den Kauf von Staatsanleihen zu erlauben.
Quelle 1: Böckler Impuls [PDF – 142 KB]
Quelle 2: Paecon [PDF – 414 KB]

Anmerkung Orlando Pascheit: *Der Ausgangsanalyse Koos ist soweit zuzustimmen, aber die Frage ist, wie realistisch der Vorschlag Koos ist, auf lange Sicht nur noch Inländern den Kauf von Staatsanleihen zu erlauben? "Damit ließe sich verhindern, dass aus wirtschaftlich schwächelnden Ländern der Währungsunion auch noch ein großer Teil der Ersparnisse abgezogen und in risikoärmeren Staatspapieren anderer Euro- Länder angelegt werde." Aber Griechenland ist nicht Japan, wo die Bevölkerung anscheinend grenzenloses Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der japanischen*

Volkswirtschaft hat und die Staatsverschuldung von ca. 200 Prozent in der Hauptsache von Inländern getragen wird. Dem griechischen Staat ist es schlicht unmöglich, Koos Rat zu folgen und die Staatsausgaben zu erhöhen. – In einem Interview der FR erläutert Koo noch einmal den Mechanismus der Bilanz-Rezession.

7. **Mensch oder Markt: Wer erklärt uns die Welt?**
   Der Schriftsteller Ingo Schulze geht mit den Intellektuellen hart ins Gericht: Sie würden angesichts der "Ökonomisierung aller Lebensbereiche" schweigen. Übrig bleibt demnach Ratlosigkeit. Doch ist das wirklich so? Können Intellektuelle heute noch Vordenker sein? Ja, sagt sein Schriftsteller-Kollege Peter Schneider: Intellektuelle, Künstler und Literaten müssen sich zu Wort melden. Beide Autoren sind zu Gast im FIGARO-Café und diskutieren mit MDR FIGARO-Moderator Thomas Bille in der Leipziger Moritzbastei.
   Quelle: MDR Figaro
8. **Weltgrößter Derivatemakler soll bei Zins-Tricks mitgemacht haben**
   Seit Monaten ermitteln Wettbewerbshüter weltweit gegen diverse Banken. Es geht um den Verdacht der Marktmanipulation rund um den Referenzzinssatz Libor. Ermittlungen des kanadischen Kartellamts haben neue Einzelheiten über mutmaßliche Zinsmanipulationen durch internationale Großbanken ans Licht gebracht. Neben einer Reihe von Geldhäusern, darunter die Deutsche Bank, wird auch der weltgrößte Derivatemakler ICAP einer Mitwirkung an illegalen Absprachen beschuldigt. Gerüchte über manipulierte Libor-Sätze kursieren schon seit Ausbruch der Finanzkrise. Banken sollen bewusst niedrige Zinsen gemeldet haben, um den Eindruck zu vermeiden, Wettbewerber würden ihnen nur noch zu hohen Konditionen Geld leihen, weil sie ihre Finanzkraft anzweifeln. Doch offenbar schwindelten Banken nicht nur, um günstig Kredite zu kommen. Sie wollten auch den Ausgang von Finanzwetten beeinflussen.
   Quelle: FTD

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Nicht erst seit Monaten, sondern seit Beginn der Finanzkrise laufen Untersuchungen zu Manipulationen der Interbank-Zinssätze Libor, Tibor und Euribor, die NDS berichteten.*
   Da muss schon die Frage erlaubt sein, was aus diesen Untersuchungen geworden ist. Immerhin erfahren wir durch diese Meldung, dass die Banken nicht nur ihre wahren Kreditkosten verschleierten und zu niedrig ansetzten, um die Zinsaufwendungen für vom Libor abhängige Produkte zu senken, sondern Finanzwetten generell zu beeinflussen suchten. Die FTD spricht schönfärberisch davon, dass die Banken "schwindelten". Die Banken haben ihre Kunden schlicht um ihre Erträge geprellt. Nicht jedem bekannt sein dürfte, dass anscheinend große Broker wie ICAP oder RP

Martin Holdings bei der Festlegung des Libor von den Banken zu Rate gezogen werden. Was auf der einen Seite plausibel ist, da sie u.a. Geschäfte zwischen den Banken vermitteln, aber andererseits Derivatespezialisten Möglichkeiten der Einflussnahme auf Zinsderivate bietet. Man muss sich das Ausmaß an krimineller Vernetzung einmal vorstellen, das nötig ist um den Libor zu beeinflussen. Das beginnt damit, dass die Banken einander Vorabinformationen über die künftige Entwicklung der Libor-Sätze zugespielt haben, und steigert sich, indem Broker versuchen, andere Banken dazu zu bringen die Sätze in eine bestimmte Richtung zu bewegen. Dazu werden Broker anderer Banken kontaktiert, um sich über die gewünschte Liborrate auszutauschen (hier zum Yen) Dann müssen die Händler denjenigen, der für die Übermittlung des Libor zuständig ist, dazu bringen, eine Falschmeldung weiterzugeben. Erweitert wurde das kriminelle Netz in obigem Fall, indem Händler auch auf Broker aus den Maklerhäusern zugingen, damit diese die Übermittler der Zinssätze in anderen Banken beeinflussten, welche die Referenzzinssätze festlegen – je nach Währung wird der Libor von 8 bis zu 19 verschiedenen Banken festgelegt.

9. **Kritik an Autohersteller BMW – Streit um die Leiharbeit**
   Die IG Metall will die Leiharbeit eindämmen – besonders bei BMW. Denn der Münchner Autohersteller gilt aus Gewerkschaftssicht als Unternehmen, bei dem die Leiharbeit überhand nimmt. […]
   Horst Lischka ist gerade auf dem Weg zu BMW. “Dort gibt es immer etwas zu tun”, sagt er. Der 48-Jährige ist IG-Metall-Funktionär in München und sitzt außerdem im Aufsichtsrat von BMW. Lischka kämpft gegen die ausufernde Leiharbeit beim Münchner Autokonzern. Dort seien, so Lischka, mindestens 11.000 Zeitarbeitnehmer beschäftigt, bei 70.000 Festangestellten. Das ist eine Quote von etwa 15 Prozent und die sei, so Lischka, eindeutig zu hoch.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung
10. **EU-Nachbarn sichern Arbeitslose besser**
    Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld wird in Deutschland nur relativ kurze Zeit gezahlt. Deshalb sind Arbeitslose hierzulande stärker von Armut bedroht als in anderen europäischen Staaten. In der Bundesrepublik liegt das Einkommen von 70 Prozent der Menschen ohne Job unterhalb der Armutsgrenze. Im EU-Durchschnitt beträgt die Quote dagegen lediglich 45 Prozent. Sozialstaatsforscher Seils nennt drei Gründe für die hohe Armutsgefährdung in Deutschland: Viele Menschen, die ihren Job verloren haben, können die Anspruchsvoraussetzungen für das einkommensbezogene Arbeitslosengeld I (ALG I) nicht erfüllen. Zudem fällt die Höhe des ALG I im internationalen Vergleich nicht übermäßig aus. Den wichtigsten Grund sieht der Forscher aber in der vergleichsweise kurzen Anspruchsdauer auf ALG I. So erhält

etwa ein 40-Jähriger, der seit seinem 18. Lebensjahr durchgängig gearbeitet hat, nur maximal 52 Wochen Arbeitslosengeld. In den Niederlanden sind es hingegen 96 Wochen, in Frankreich oder Norwegen 104 und in Dänemark 208 Wochen.
Quelle: Böckler Impuls [PDF – 230 KB]

11. **Kristina Schröders Kuschelworkshop für militante Neonazis**
Es klingt völlig absurd, widerspricht jeglichen pädagogischen Erfahrungen mit der rechtsextremen Szene und ist doch bittere Realität. In Dortmund sollen 30 militante Neonazis im Rahmen eines Modellprojekts zusammen mit 30 demokratischen Jugendlichen über die Zukunft Dortmunds diskutieren. Das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ von Familienministerin fördert dieses Vorhaben mit rund 300.000 Euro. Ob hierbei Erfolge erzielt werden können, ist mehr als fraglich.
Quelle: ZEIT